

The Agreement was
previously published as
Miscellaneous No. 15
(1971), Cmnd. 4726

AVIATION



Treaty Series No. 27 (1972)

Multilateral Agreement

relating to the Collection of Route Charges

signed at Brussels on 8 September 1970 by the States Parties to the
"EUROCONTROL" International Convention relating to Co-operation
for the Safety of Air Navigation

[The United Kingdom instrument of ratification was deposited on 27 October 1971 and the
Agreement entered into force on 15 December 1971]

*Presented to Parliament
by the Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs
by Command of Her Majesty
March 1972*

LONDON

HER MAJESTY'S STATIONERY OFFICE

13p net

Cmnd. 4916

MEHRSEITIGE VEREINBARUNG ÜBER DIE ERHEBUNG VON STRECKENNAVIGATIONSgebÜHREN

Die Regierungen der Vertragsstaaten des am 13. Dezember 1960 in Brüssel unterzeichneten Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt "EUROCONTROL", im folgenden als "Übereinkommen" bezeichnet, und des am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, nämlich

- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
- die Regierung des Königreichs Belgien,
- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland,
- die Regierung des Grossherzogtums Luxemburg,
- die Regierung des Königreichs der Niederlande,
- die Regierung Irlands,

im folgenden als "die Regierungen" bezeichnet;

Gestützt auf das Übereinkommen, insbesondere auf seine Artikel 6 Nummer 2 Buchstabe e) und 20;

Gestützt auf die Richtlinien Nr. 11 und 14, die der Agentur für Luftverkehrs-Sicherungsdienste durch die Ständige Kommission zur Sicherung der Luftfahrt auf ihrer XIX. und XXIV. Tagung vom 7. Dezember 1967 und 3. Juli 1969 erteilt wurden;

Gestützt auf das Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt, insbesondere auf seinen Artikel 15;

In der Erwägung, dass der Rat der ICAO auf seiner 61. und 62. Tagung die Empfehlungen gebilligt hat, die am Ende der vom 30. März bis 18. April 1967 in Montreal abgehaltenen Konferenz der ICAO-Mitgliedstaaten über Flughafengebühren sowie Gebühren für Streckennavigationseinrichtungen und -dienste angenommen wurden, und dass es im Sinne dieser Empfehlungen insbesondere wünschenswert ist, für jeden Flug, gleichviel ob es sich um einen in dem betreffenden Gebiet beginnenden oder endenden Flug oder um einen Überflug handelt, nur eine einzige Gebühr zu erheben, die für alle dabei in Anspruch genommenen Streckennavigationseinrichtungen und -dienste eines Staates oder einer Staatengruppe gilt und im wesentlichen auf den Kriterien "Flugstrecke" und "Gewicht" beruht, wobei diese Kriterien gegebenenfalls mit anderen Charakteristiken des Luftfahrzeugs zu kombinieren wären, durch die die Art des geleisteten Dienstes beeinflusst werden könnte;

In der Erwägung, dass es für die Mitgliedstaaten der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocontrol) geboten ist, ein gemeinsames Vorgehen in bezug auf die Festsetzung der Gebühren für die Benutzung der Streckennavigationseinrichtungen und -dienste in dem ihrer Zuständigkeit unterliegenden Luftraum zu vereinbaren;

In der Erwägung, dass es zur Anwendung des Grundsatzes der Erhebung einer einzigen Gebühr erforderlich ist, dass der Benutzer bei einem bestimmten Flug durch Lufträume, für die verschiedene Behörden zuständig sind, den gesamten Betrag der anfallenden Gebühr an eine einzige mit der Erhebung beauftragte Stelle entrichten kann;

In der Erwägung, dass die Regierungen ihre Absicht bekundet haben, die Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocontrol) im Wege zweiseitiger Abkommen mit der Erhebung dieser einzigen Gebühr zu beauftragen;

Haben folgendes vereinbart:

ARTIKEL 1

a) Die Regierungen verpflichten sich, nach dem von ihren Vertretern in deren Doppel-eigenschaft als nationale Behörden und als Mitglieder der Kommission einstimmig festgelegten Verfahren Gebühren für die Benutzung der Streckennavigationseinrichtungen und -dienste in dem ihrer Zuständigkeit unterliegenden Luftraum festzusetzen.

b) Diese Gebühren stellen eine Vergütung für geleistete Dienste dar.

c) Die für die Benutzung der Streckennavigationseinrichtungen und -dienste im oberen und im unteren Luftraum anfallenden Gebühren bilden eine einzige Gebühr.

ARTIKEL 2

Das Gebührenaufkommen wird in einen eigenen Haushaltsvoranschlag eingesetzt und in einer gesonderten Buchführung erfasst; nach Abzug der Vereinnahmungskosten werden die eingenommenen Gebühren an die einzelnen Staaten abgeführt.

ARTIKEL 3

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald alle Regierungen ihr:

a) entweder durch Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifikation,

b) oder durch Unterzeichnung unter dem Vorbehalt der Ratifikation und nachfolgende Ratifikation,

zugestimmt haben.

Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt; diese setzt die anderen Regierungen und die Organisation Eurocontrol davon in Kenntnis.

ARTIKEL 4

Diese Vereinbarung gilt bis zum Ausserkrafttreten des Übereinkommens, sofern sie nicht auf Antrag einer der Regierungen nach Ablauf einer zweijährigen Kündigungsfrist beendet wird; die Kündigung wird der Regierung des Königreichs Belgien schriftlich notifiziert; diese setzt die anderen Regierungen und die Organisation Eurocontrol davon in Kenntnis.

ARTIKEL 5

Die Regierung des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation dieser Vereinbarung oder zu einem späteren Zeitpunkt durch eine an die Regierung des Königreichs Belgien gerichtete schriftliche Notifikation erklären, dass die Vereinbarung auf alle oder einzelne Kanalinseln und auf die Insel Man erstreckt wird; die Vereinbarung erstreckt sich sodann vom Tag des Eingangs der Notifikation oder von einem anderen darin angegebenen Zeitpunkt an auf die in der Notifikation bezeichneten Hoheitsgebiete.

Die Regierung des Königreichs Belgien unterrichtet die anderen Regierungen und die Organisation Eurocontrol von jeder nach Absatz 1 erfolgten Erstreckung dieser Vereinbarung und teilt ihnen den Zeitpunkt mit, zu dem die Erstreckung wirksam wird.

ARTIKEL 6

Diese Vereinbarung liegt für jeden Staat, der dem Übereinkommen nach seinem Artikel 41 beitrifft, zum Beitritt auf.

Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt. Sie unterrichtet hiervon die Regierungen der anderen Staaten und die Organisation Eurocontrol. Der Beitritt wird am ersten Tage des auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgenden Monats wirksam.

ARTIKEL 7

Die in ihrer Doppelleigenschaft als nationale Behörden und als Mitglieder der Kommission handelnden Vertreter der Regierungen beschliessen einstimmig über die Bedingungen für die Zulassung von Staaten, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens sind, zu der aufgrund dieser Vereinbarung festgesetzten Gebührenregelung.

ARTIKEL 8

Die Regierung des Königreichs Belgien lässt diese Vereinbarung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation registrieren.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, von ihrer Regierung hierzu gehörig befugten Vertreter diese Vereinbarung unterschrieben.

**MULTILATERAL AGREEMENT
RELATING TO THE COLLECTION OF ROUTE CHARGES**

The Governments of the States party to the "EUROCONTROL" International Convention relating to Co-operation for the Safety of Air Navigation, concluded at Brussels on 13th December, 1960,⁽¹⁾ hereinafter called "the Convention", and party to the Convention on International Civil Aviation, concluded at Chicago on 7th December, 1944,⁽²⁾ viz.:

The Government of the Federal Republic of Germany,
The Government of the Kingdom of Belgium,
The Government of the French Republic,
The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,
The Government of the Grand Duchy of Luxembourg,
The Government of the Kingdom of the Netherlands,
The Government of Ireland,

hereinafter called "the Governments";

Having regard to the Convention and particularly to the provisions of Article 6, paragraph 2 (e), and Article 20 thereof;

Having regard to Directives numbers 11 and 14 given to the Air Traffic Services Agency by the Permanent Commission for the Safety of Air Navigation at its XIXth and XXIVth Sessions on the 7th December, 1967 and 3rd July, 1969 respectively;

Having regard to the Convention on International Civil Aviation and particularly to Article 15 thereof;

Considering that, at its 61st and 62nd Sessions, the Council of the International Civil Aviation Organisation approved the recommendations on charges for airport and route air navigation facilities and services made by the Conference of ICAO Member States which was held at Montreal from 30th March to 18th April, 1967, and that in keeping with the spirit of those recommendations it is, *inter alia*, desirable in the case of flights involving take-offs or landings or of straightforward overflights that there should be a single charge, relating to all the route facilities and services provided by a State or a group of States for the flight in question and that the charge should be based principally on the factors of distance and weight, combined if necessary with any other aircraft characteristics which may affect the nature of the service provided;

Considering that it is therefore necessary for the Member States of the European Organisation for the Safety of Air Navigation (Eurocontrol) to adopt a common policy with respect to the establishment of charges for the use of route air navigation facilities and services in the airspace falling within their competence;

⁽¹⁾ Treaty Series No. 39 (1963), Cmnd. 2114.

⁽²⁾ Treaty Series No. 8 (1953), Cmd. 8742.

Considering that the implementation of the principle of a single charge necessarily implies that for a given flight in airspaces falling within different spheres of responsibility, the total amount due as the charge should be payable by the user to a single body entrusted with collection;

Considering that the Governments have made known their intention to entrust to the Eurocontrol Organisation by means of bilateral agreements the collection of this single user charge;

Have agreed as follows:

ARTICLE 1

(a) The Governments shall establish charges for the use of route air navigation facilities and services in the airspace falling within their competence, in accordance with the measures unanimously agreed by their Representatives acting in their dual capacities as national authorities and as members of the Commission.

(b) These charges shall constitute the remuneration for services rendered.

(c) The charges relating to the use of air navigation facilities and services in the upper and lower airspaces shall constitute a single charge.

ARTICLE 2

The proceeds in respect of the charges shall be entered in a special budgetary statement and recorded in separate accounts and shall be refunded to the States after deduction of collection costs.

ARTICLE 3

This Agreement shall enter into force⁽²⁾ as soon as the Governments have approved it:

(a) either by signature without a reservation as to ratification,

(b) or by signature with a reservation as to ratification, followed by ratification.

The instruments of ratification shall be deposited with the Government of the Kingdom of Belgium, which shall inform the other signatory Governments and the Eurocontrol Organisation of such deposits.

ARTICLE 4

This Agreement shall remain in force until the expiry of the Convention, unless it is terminated at the request of one of the Governments, which must give two years written notice to the Government of the Kingdom of Belgium, which shall inform the other Governments and the Eurocontrol Organisation thereof.

⁽²⁾ The Agreement entered into force on 15 December, 1971.

ARTICLE 5

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland may, at the time of signature or of ratification of this Agreement or at any subsequent time, declare by written notification addressed to the Government of the Kingdom of Belgium that the Agreement shall extend to all or part of the Channel Islands and to the Isle of Man; the Agreement shall then extend to the territories indicated in the notification from the date of receipt of that notification or from any other date which may be specified therein.

The Government of the Kingdom of Belgium shall inform the other Governments and the Eurocontrol Organisation of any extension of this Agreement made in accordance with the foregoing paragraph and shall indicate in each case the date on which this Agreement has been so extended.

ARTICLE 6

Accession to this Agreement is open to any State which accedes to the Convention in accordance with the provisions of Article 41 thereof.

The instrument of accession shall be deposited with the Government of the Kingdom of Belgium which shall notify the Governments of the other States and the Eurocontrol Organisation. Accession shall take effect from the first day of the month following the deposit of the instrument of accession.

ARTICLE 7

The Representatives of the Governments, acting in their dual capacities as national authorities and as Members of the Commission, shall decide by unanimity the conditions governing admission of States which are not parties to the Convention to the system of charges established in virtue of this Agreement.

ARTICLE 8

The Government of the Kingdom of Belgium shall cause this Agreement to be registered with the International Civil Aviation Organisation.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorised by their respective Governments, have signed this Agreement.

**ACCORD MULTILATERAL
RELATIF À LA PERCEPTION DES REDEVANCES DE ROUTE**

Les Gouvernements des Etats Parties à la Convention Internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne "EUROCONTROL" signée à Bruxelles, le 13 décembre 1960, ci-après dénommée "la Convention", et Parties à la Convention relative à l'Aviation Civile Internationale, signée à Chicago le 7 décembre 1944, soit:

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne,
Le Gouvernement du Royaume de Belgique,
Le Gouvernement de la République Française,
Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,
Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg,
Le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas,
Le Gouvernement de l'Irlande,

ci-après dénommés "les Gouvernements";

Vu la Convention et notamment les dispositions de ses articles 6, par. 2, al. e, et 20;

Vu les directives nos 11 et 14 données à l'Agence des services de la circulation aérienne par la Commission permanente pour la sécurité de la navigation aérienne lors de ses XIX^{me} et XXIV^{me} sessions en date des 7 décembre 1967 et 3 juillet 1969;

Vu la Convention relative à l'Aviation Civile Internationale et notamment son article 15;

Considérant que le Conseil de l'OACI a approuvé lors de ses 61^{me} et 62^{me} sessions, les recommandations adoptées à l'issue de la Conférence des Etats membres de l'OACI sur les redevances d'aéroports et d'installations et services de navigation aérienne de route tenue à Montréal du 30 mars jusqu'au 18 avril 1967, et que, dans l'esprit de ces recommandations, il est notamment souhaitable que, pour les vols avec décollage ou atterrissage ou les simples survols, la redevance soit unique, c'est-à-dire concerne l'ensemble des installations et services de route d'un Etat ou d'un groupe d'Etats qui sont fournis pour le vol en cause et que, d'autre part, la redevance soit essentiellement fondée sur les éléments de distance et de poids combinés, s'il y a lieu, avec toute autre caractéristique d'aéronef susceptible d'influer sur la nature du service rendu;

Considérant qu'il importe par conséquent que les Pays Membres de l'Organisation européenne pour la sécurité de la navigation aérienne (Eurocontrol) adoptent une politique commune en ce qui concerne l'établissement des redevances pour l'usage des installations et services de navigation aérienne de route dans l'espace aérien relevant de leur compétence;

Considérant que la mise en pratique du principe de l'unicité de redevance implique nécessairement que pour un vol déterminé qui serait effectué dans des espaces aériens relevant de différentes compétences, le montant dû au titre de cette redevance puisse être acquitté par l'utilisateur dans sa totalité auprès d'un organisme unique chargé d'en assurer la perception;

Considérant que les Gouvernements ont fait connaître leur intention de charger, par voie d'accords bilatéraux, l'Organisation européenne pour la sécurité de la navigation aérienne (Eurocontrol) de la perception de cette redevance unique;

Sont convenus des dispositions qui suivent :

ARTICLE 1^{er}

a) Les Gouvernements s'engagent à établir des redevances pour l'usage des installations et services de navigation aérienne de route dans l'espace aérien relevant de leur compétence, suivant les modalités fixées à l'unanimité par leurs Représentants, agissant en leur double qualité d'Autorités nationales et de Membres de la Commission.

b) Ces redevances constituent la rémunération d'un service rendu.

c) Les redevances afférentes à l'utilisation des installations et services de navigation dans les espaces aériens supérieur et inférieur constituent une redevance unique.

ARTICLE 2

Le produit des redevances fait l'objet d'un état budgétaire spécial et d'une comptabilité distincte et est reversé aux Etats, déduction faite des frais de recouvrement.

ARTICLE 3

Le présent Accord entrera en vigueur dès que tous les Gouvernements l'auront approuvé :

a) soit par signature sans réserve de ratification,

b) soit par signature sous réserve de ratification, suivie de ratification.

Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en avisera les autres Gouvernements et l'Organisation Eurocontrol.

ARTICLE 4

Le présent Accord restera en vigueur jusqu'à l'expiration de la Convention à moins qu'il ne prenne fin à la demande de l'un des Gouvernements au terme d'un préavis de dénonciation de deux ans, notifié par écrit au Gouvernement du Royaume de Belgique qui en avisera les autres Gouvernements et l'Organisation Eurocontrol.

ARTICLE 5

Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord peut, à la date de la signature ou de la ratification du présent Accord

ou à toute date ultérieure, déclarer par une notification écrite adressée au Gouvernement du Royaume de Belgique que l'Accord s'étendra à tout ou partie des Iles anglo-normandes et à l'Ile de Man; l'Accord s'étendra alors aux territoires visés dans la notification à compter de la date de réception de celle-ci ou de toute autre date qui pourra y être spécifiée.

Le Gouvernement du Royaume de Belgique avisera les autres Gouvernements et l'Organisation Eurocontrol de toute extension de l'Accord intervenue conformément à l'alinéa qui précède et leur fera connaître la date à partir de laquelle cette extension prend effet.

ARTICLE 6

L'adhésion au présent Accord est ouverte à tout Etat qui adhérerait à la Convention conformément aux dispositions de son Article 41.

L'instrument d'adhésion sera déposé auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique, qui en avisera les Gouvernements des autres Etats et l'Organisation Eurocontrol. L'adhésion prendra effet le premier jour du mois suivant le dépôt de l'instrument d'adhésion.

ARTICLE 7

Les Représentants des Gouvernements, agissant en leur double qualité d'Autorités nationales et de Membres de la Commission, décideront à l'unanimité des conditions de l'admission d'Etats non parties à la Convention au système de redevances établi en vertu du présent Accord.

ARTICLE 8

Le Gouvernement du Royaume de Belgique fera enregistrer le présent Accord à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

EN FOI DE QUOI, les Représentants soussignés, dûment autorisés à cet effet par leur Gouvernement, ont signé le présent Accord.

MULTILATERALE OVEREENKOMST BETREFFENDE DE INNING VAN DE "EN ROUTE"-HEFFINGEN

De Regeringen van de Staten die partij zijn bij het op 13 december 1960 te Brussel ondertekende Internationaal Verdrag tot samenwerking in het belang van de veiligheid van de luchtvaart "EUROCONTROL", hierna te noemen "het Verdrag", alsmede bij het op 7 december 1944 te Chicago ondertekende Verdrag inzake de internationale burgerlijke luchtvaart, te weten:

- De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland,
- De Regering van het Koninkrijk België,
- De Regering van de Franse Republiek,
- De Regering van het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland,
- De Regering van het Groothertogdom Luxemburg,
- De Regering van het Koninkrijk der Nederlanden,
- De Regering van Ierland,

hierna te noemen "de Regeringen";

Gezien het Verdrag en meer in het bijzonder de artikelen 6, tweede lid, letter e, en 20;

Gezien de richtlijnen nrs. 11 en 14, die de Permanente Commissie voor de veiligheid van de luchtvaart tijdens haar XIX^e en XXIV^e zitting op onderscheidenlijk 7 december 1967 en 3 juli 1969 aan het Agentschap voor de luchtverkeersleiding heeft gegeven;

Gezien het Verdrag inzake de internationale burgerlijke luchtvaart en met name artikel 15 van dit Verdrag;

Overwegende dat de Raad van de ICAO tijdens zijn 61^{ste} en 62^{ste} zitting de aanbevelingen heeft goedgekeurd die aanvaard zijn door de van 30 maart tot 18 april 1967 te Montreal gehouden Conferentie van Lid-Staten van de ICAO inzake de heffingen wegens het gebruik van luchthavens en faciliteiten voor het "en route"-verkeer, alsmede dat het, in de geest van deze aanbevelingen, onder andere wenselijk is dat de heffing voor vluchten die een opstijging of een landing inhouden of voor overvliegen alleen, enkelvoudig is, d.w.z. betrekking heeft op het geheel der faciliteiten voor het "en route"-verkeer die door een Staat of een groep Staten voor de betrokken vlucht worden verleend, en voorts dat de heffing in beginsel wordt gebaseerd op de factoren afstand en gewicht, in voorkomend geval gecombineerd met enige andere karakteristiek van een luchtvaartuig waarvan kan worden verondersteld dat zij de aard van de verleende dienst beïnvloedt;

Overwegende dat het bijgevolg noodzakelijk is dat de Lid-Staten van de Europese Organisatie voor de veiligheid van de luchtvaart (Eurocontrol) tot een gemeenschappelijk beleid komen met betrekking tot de invoering van heffingen wegens het gebruik van installaties en diensten voor het "en route"-verkeer in hun luchtruim;

Overwegende dat de toepassing van het beginsel van de enkelvoudige heffing noodzakelijkerwijs inhoudt dat, wanneer een bepaalde vlucht wordt uitgevoerd in luchtruimen waarvoor verschillende autoriteiten bevoegd zijn, de gebruiker het aan heffing verschuldigde bedrag in zijn geheel moet kunnen voldoen aan een enkel met de inning belast orgaan;

Overwegende dat de Regeringen kennis hebben gegeven van hun voornemen door middel van bilaterale overeenkomsten de Europese Organisatie voor de veiligheid van de luchtvaart (Eurocontrol) met de inning van deze enkele heffing te belasten;

Zijn overeengekomen als volgt:

ARTIKEL 1

a) De Regeringen verplichten zich tot het invoeren van heffingen wegens het gebruik van installaties en diensten voor het "en route" -verkeer in het luchtruim waarvoor zij bevoegd zijn, overeenkomstig de door hun vertegenwoordigers, optredend in hun dubbele hoedanigheid van nationale autoriteiten en leden van de Commissie, met eenparigheid van stemmen vastgestelde voorwaarden.

b) Deze heffingen vormen de vergoeding voor verleende diensten.

c) De heffingen wegens het gebruik van de installaties en diensten voor de luchtvaart in het hogere en het lagere luchtruim vormen een enkele heffing.

ARTIKEL 2

De opbrengst van de heffingen, waarvoor een afzonderlijke staat van de begroting en een afzonderlijke boekhouding worden aangelegd, wordt, onder aftrek van de aan de inning verbonden kosten, afgedragen aan de Staten.

ARTIKEL 3

Deze Overeenkomst treedt in werking zodra zij door de Regeringen is goedgekeurd:

a) hetzij door ondertekening zonder voorbehoud van bekrachtiging,

b) hetzij door ondertekening onder voorbehoud van bekrachtiging, gevolgd door bekrachtiging.

De akten van bekrachtiging worden nedergelegd bij de Regering van het Koninkrijk België, die de andere Regeringen en de Organisatie Eurocontrol hiervan in kennis stelt.

ARTIKEL 4

Deze Overeenkomst blijft van kracht totdat het Verdrag een einde neemt, tenzij zij wordt beëindigd op verzoek van een der Regeringen na afloop van een opzeggingstermijn van twee jaar; van de opzegging moet schriftelijk mededeling worden gedaan aan het Koninkrijk België, dat de andere Staten en de Organisatie Eurocontrol hiervan in kennis stelt.

ARTIKEL 5

De Regering van het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland kan op de dag van ondertekening of bekrachtiging van deze Overeenkomst of op elk tijdstip daarna, door middel van een aan de Regering van het Koninkrijk België gerichte schriftelijke kennisgeving, verklaren dat deze Overeenkomst eveneens zal gelden voor alle of een deel der Kanaaleilanden en het Eiland Man; de Overeenkomst zal dan gelden voor de grondgebieden bedoeld in de kennisgeving, met ingang van de datum van ontvangst van deze kennisgeving of van elke andere in de kennisgeving genoemde datum.

De Regering van het Koninkrijk België stelt de andere Regeringen en de Organisatie Eurocontrol in kennis van elke uitbreiding van deze Overeenkomst overeenkomstig de voorgaande alinea, en van de datum waarop deze uitbreiding van kracht wordt.

ARTIKEL 6

De toetreding tot deze Overeenkomst staat open voor elke Staat die tot het Verdrag toetreedt overeenkomstig het bepaalde in artikel 41 van het Verdrag.

De akte van toetreding zal worden nedergelegd bij de Regering van het Koninkrijk België, die de Regeringen van de andere Staten hiervan in kennis zal stellen. De toetreding wordt van kracht op de eerste dag van de maand volgende op de nederlegging van de akte van toetreding.

ARTIKEL 7

De Regeringsvertegenwoordigers, optredend in hun dubbele hoedanigheid van nationale autoriteiten en leden van de Commissie, beslissen met eenparigheid van stemmen over de voorwaarden waarop Staten die geen partij zijn bij het Verdrag, tot het krachtens deze Overeenkomst ingestelde heffingsstelsel toegelaten kunnen worden.

ARTIKEL 8

De Regering van het Koninkrijk België zal deze Overeenkomst bij de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie doen registreren.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekenden, daartoe behoorlijk gemachtigd door hun onderscheiden Regeringen, deze Overeenkomst hebben ondertekend.

GESCHEHEN zu Brüssel, am 8. September 1970, in deutscher, englischer, französischer und niederländischer Sprache, in einer Urschrift, die im Archiv des Königreichs Belgien hinterlegt wird; dieses übermittelt allen Regierungen eine beglaubigte Abschrift.

Bei Abweichungen zwischen den Wortlauten ist der französische Wortlaut verbindlich.

DONE at Brussels, this eighth day of September, 1970 in the English, German, French and Dutch languages, in a single copy, which shall remain deposited in the archives of the Kingdom of Belgium which shall send certified true copies to all the Governments.

In the case of any inconsistency, the text in the French language shall prevail.

FAIT à Bruxelles, le 8 septembre 1970, en langues française, allemande, anglaise et néerlandaise, en un seul exemplaire qui restera déposé aux archives du Royaume de Belgique, qui en communiquera copie certifiée conforme à tous les Gouvernements.

Le texte en langue française fera foi en cas de divergence entre les textes.

GEDAAN te Brussel, op 8 september 1970 in de Nederlandse, de Duitse, de Engelse en de Franse taal, in een enkel exemplaar, dat blijft berusten in het archief van het Koninkrijk België, die een gewaarmerkt afschrift hiervan zal doen toekomen aan alle Regeringen.

In geval van afwijking tussen de teksten, is de Franse tekst doorslaggevend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

For the Government of the Federal Republic of Germany:

Pour le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne:

Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland:

*Das Abkommen tritt für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erst dann in Kraft, wenn sie erklärt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.**

R. VON UNGERN-STERNBERG

* Translation—

The Agreement shall come into force for the Government of the Federal Republic of Germany only when they have declared that the requirements of their domestic law are fulfilled.

Note—

In a letter dated 29 October, 1971 the Government of the Federal Republic of Germany notified the Government of Belgium that the requirements of their domestic law, necessary for the entry into force of the Agreement, had been fulfilled.

Für die Regierung des Königreichs Belgien:
For the Government of the Kingdom of Belgium:
Pour le Gouvernement du Royaume de Belgique:
Voor de Regering van het Koninkrijk België:

*Onder voorbehoud van bekrachtiging.**
Sous réserve de ratification.

A. BERTRAND

Für die Regierung der Französischen Republik:
For the Government of the French Republic:
Pour le Gouvernement de la République Française:
Voor de Regering van de Franse Republiek:

Sous réserve de ratification.

G. DE JUNIAC

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und
Nordirland:
For the Government of the United Kingdom of Great Britain and
Northern Ireland:
Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande
du Nord:
Voor de Regering van het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en
Noord-Ierland:

Subject to ratification.

JOHN BEITH

Für die Regierung des Grossherzogtums Luxemburg:
For the Government of the Grand Duchy of Luxembourg:
Pour le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg:
Voor de Regering van het Groothertogdom Luxemburg:

Sous réserve de ratification.

L. SCHAUS

* Translation: Subject to ratification.

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande:
For the Government of the Kingdom of the Netherlands:
Pour le Gouvernement des Pays-Bas:
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden:

*Onder voorbehoud van bekrachtiging.**

C. J. VAN SCHELLE

Für die Regierung Irlands:
For the Government of Ireland:
Pour le Gouvernement de l'Irlande:
Voor de Regering van Ierland:

Subject to ratification.

GERARD WOODS

* *Translation*: Subject to ratification.

RATIFICATIONS

	<i>Date of deposit</i>
Belgium (with reservations and declaration)* ... : ...	29 October, 1971
France	27 October, 1971
Republic of Ireland	29 October, 1971
Luxembourg	17 November, 1971
Netherlands	15 December, 1971
United Kingdom	27 October, 1971

* The instrument of ratification of the Government of Belgium was accompanied by the following reservations and declaration:

“... le Gouvernement du Royaume de Belgique déclare exclure de l'application du dit accord les dispositions de son article 2. Il déclare en outre que le système de perception de redevances de route ne s'applique pas aux aéronefs d'Etat.

“Ces deux réserves seront retirées lorsque les chambres législatives auront approuvé l'accord en question.”

Translation—

... the Government of the Kingdom of Belgium declares that it excludes from the application of the said Agreement the provisions of Article 2. It declares further that the method of the collection of route charges does not apply to the State airlines.

These two reservations will be withdrawn when the legislative Chambers have approved the agreement in question.